



Globale Herausforderungen und die Zukunft der GAP*

Corrado Pirzio-Biroli

CEO, RISE Foundation

Munich, 27 February 2007.

* Presentation at the Technical University of Munich

Die ganze Welt steht neun Herausforderungen gegenüber (**Diapositiv 1**)

1. **Bevölkerungswachstum:** 75 Millionen zusätzliche Leute pro Jahr oder 210.000 pro Tag, 9,4 Milliarden Menschen bis 2050, von denen 60% in den städtischen Ballgebieten und 3 Mrd mit weniger als 2 Dollar Einkommen pro Tag leben werden.
2. **Wachsende Nachfrage nach Getreide** (Getreide, Pflanzfett, Eiweiß), und nach Tierfutter wegen wachsendem, lebensstandardsbedingtem Fleischkonsum.
3. **Wachsenden Energiebedarf**
4. **Globalisierung und Verstädterung** wobei die Produktion sich in den wettbewerbsfähigsten Regionen konzentriert, der Handel meistens schneller als die Produktion wächst und trotz Neuprotektionistischer Erscheinungen freier wird.
5. **Klimawechsel**, wobei die Landwirtschaft Emissionen verursacht, kann aber vom Klimawechsel leiden oder auch Nutzen ziehen. (**Dia 2**)
6. **Marktflüchtigkeit:** denn wir können uns größere Ertragschwankungen, Nahrungsmarktsegmentation, Schwankungen in den Getreidevorräten, und Input und Output Preisflüchtigkeit erwarten. Ihre Auswirkungen sind besonders wichtig wenn Nahrungsmittelversorgung kaum für die Nachfrage reicht oder zu reichen scheint und wenn Verbraucherempfindlichkeit für Nahrungsmittelsicherheit, Qualität und Preis steigt.
7. Steigendes Interesse, abgesehen von Nahrungs- und Futtermittel, für **öffentliche Dienstleistungen** der Landwirte wie Umweltschutz, Tierschutz, Kulturerbschaft...
8. **Soziale Probleme** wie z.B. Altern der Landwirte, Betriebübernahme, und Wettkampf über Landflächen.
9. **Unsicherheiten** hinsichtlich des *Timings* und der Anwendung von Innovationen wie Biotechnologie (GMOs, Nanotechnologie), Präzisionslandwirtschaft, *carbon sequestration* und Informationstechnologie.

Lassen Sie mich diese Herausforderungen mit einigen Zahlen ergänzen die ich meistens von einem Arbeitspapier von der Humboldt Universität Berlin über „Global Future Agricultural Market Trends and their Impact on European Union Agriculture“ geborgt habe.

Der Weltbevölkerungswachstum ist der wichtigste *trend-making factor* für alle Neun erwähnten Herausforderungen. **Dia 3** zeigt die Bevölkerungswachstumswahlen von 1950 bis Voraussichtlich 2050. Trotz verringerten Wachstums nach dem Jahr 2000, erwarten wir doch in kaum 17 Jahren eine Gesamtzahl von beinahe acht Milliarden Menschen. **Dia 4** zeigt dass in der Zeitspanne von kaum acht Jahren Afrikas Bevölkerung um beinahe ein Viertel und Asiens um eine kleine halbe Milliarde wachsen soll. **Dia 5** zeigt dass der Weltkonsum an Getreide von 1997 bis 2025 um 40% steigen wird, wobei praktisch der ganzen Zuwachs in Entwicklungsländern stattfinden wird. **Dia 6** zeigt dass ein Viertel des Bevölkerungszuwachses in China stattfinden wird.

Weizen-, Korn- und Reispreise sind um 40% bis 60% von ihren Höchstniveaus gestürzt, jedoch ist in 2008 der Wert der Lebensmittelimporte der Welt auf über eine Trillion Dollar gestiegen, ein Viertel mehr als in 2007 und zwei Drittel mehr als in 2006, während Entwicklungsländer alleine 35% mehr

Lebensmittel importieren und nun ein Drittel der gesamten Lebensmittelimportrechnung in 2008 zahlen mussten. Der World Report 2008 der FAO warnt gegen einen „*false sense of security*“ denn es erwartet dass die Zusammensetzung niedriger Lebensmittelpreisen, hohen Inputkosten, verschärften Exportfinanzierungs- und Akkreditivbedingungen, und beschränkte Pflanzungen zu heftig ansteigenden Lebensmittelpreisen in der nächsten Erntesaison (2009-2010) führen wird. Die FAO glaubt dass das zu einer schlimmeren Lebensmittelkrise als in 2008 führen wird.¹

Täuschen Sie sich nicht, wir stehen in der größten Nahrungsmittelkrise seit dem zweiten Weltkrieg. Es besteht die Gefahr, dass Nahrungsmittelsicherheit das nächste ernsthafte Marktversagen nach dem Klimawandel wird, was Nicholas STERN als „das größte Marktversagen in der Geschichte“ bezeichnet hat. Schon werden vielfach, hauptsächlich in Entwicklungsländern Nationale Initiativen ergriffen die den Weltmarkt für Nahrungsmitteln weiter spalten und die Preise weiter unter Druck setzen: Einfrieren von Preisen, Ausfuhrsteuern oder Ausfuhrverbote zur Aufrechterhaltung der eigenen nationalen Marktversorgung, Preisdumping im Inland für selbst erzeugten Nahrungsmittel, Reduzierung von Einfuhrzöllen, Einführen oder Erhöhen von Subventionen für Nahrungsmittelkonsum mit negativen Auswirkungen auf den Staatshaushalt und auf der internationalen Verschuldung des Landes. Inzwischen haben steigende Kosten die öffentliche Unterstützung für Biokraftstoffe, die mit Nahrungsmitteln vom Lande konkurrieren, in Frage gestellt und haben die Länder dazu veranlasst, das Potential für Genverändertesgetreide für höhere Erträge und Wassereinsparungen zu überprüfen.

Andererseits gibt es auch diejenigen die glauben dass der *commodity boom* von 2003-2008 – der breiteste und längste dieses Jahrhunderts – sein Ende erreicht hat, und dass ein langsamer Bevölkerungs- und Einkommenwachstum die Lebensmittelnachfrage reduzieren wird. Aber ich habe den Verdacht dass der *mega trend* abnehmender Weltagrarpreise zu Ende ist, nicht nur weil die Nachfrage die Versorgung überholen wird, sondern auch weil fruchtbare Böden in der Welt beschränkt sind. Deswegen wird die Nachfrage nach Lebensmittel hauptsächlich durch Produktivitätssteigerungen der schon jetzt bewirtschafteten Böden gesättigt werden müssen. Dieses dürfte aber nicht so leicht sein wenn man bedenkt dass das gesamte Produktivitätswachstum der Landwirtschaft seit der *Green Revolution* regelmäßig abgenommen hat. **Dia 7** zeigt wie dramatisch die Ertragszunahmen gesunken sind, von 4% pro Jahr in den sechziger bis achtziger Jahren bis knapp 1% ab 2000 und vorrausgeschätzt bis 2030. **Dia 8** zeigt dass dieses trotz erwarteten Ertragsserhöhungen in den USA, Russland und die Ukraine zu erwarten ist.

Die Nettohandelsposition der EU (siehe **Dia 9**) soll sich verschlechtern. Nur für Korn verbessert sich unsere Handelslage. Besonders schlimm wird es für Ölpflanzen, dessen Importe voraussichtlich zwischen 2003/05 und 2013/15 um 70% steigen sollen, hauptsächlich wegen unserer engstirnigen *Biofuelpolitik*. Für Weizen wird der Nettoexporteur EU zum Nettoimporteur. Daraus kann man schließen dass in einer Zeit in der die Nahrungsmittelproduktion sich gerade in den Ländern die einen wachsenden Importbedarf haben reduzieren wird, Europas Kapazität Welthunger durch Nahrungshilfe und Exportkredite zu bekämpfen, wegen mangelnder Vorräte abnehmen wird. Dennoch bleibt Europa in Vergleich zu anderen Weltregionen in denen Höhere Preise die Entwaldung anspornen ein sicherer Produktionsstandort. Das Arbeitspapier der Humboldt Universität zu Berlin kommt zum Ergebnis dass Europa die Pflicht hat beträchtlich zur Weltnahrungssicherheit beizutragen und in der Ausschöpfung ihres Produktionspotentials auch *Global Warming* zu bekämpfen.

Aber Europa ist nur ein, obwohl ein großer, Spieler. Alle Länder werden ihre Nahrungssicherheitspolitiken stärken müssen. In vielen dieser Länder, insbesondere in Afrika, kann man kaum erwarten dass die Agrarproduktion ohne Landreformen und mutige Nahrungsmittelpreispolitiken zugunsten der Landwirte anstatt der Stadtbewohner angekurbelt werden kann. Wenn das aber nicht möglich ist oder nicht genügt, wird man die Konsummodelle ändern müssen, insbesondere durch reduziertem Fleischkonsum. Schon gibt es einen Kampf um Nahrungsmittel, und dort wo das Produktionspotenzial ungenügend scheint, ein Kampf um Boden im

¹ Financial Times, 31. Oktober 2008).

Ausland um Nahrungsmittel für den inneren Konsum produzieren zu können. Die FAO fürchtet dass ein internationaler Wettlauf um fruchtbare Böden zu ein neues „neokoloniale system“ führen könnte. Japan hat schon lange her ähnliches durch den Kauf von USA Boden für Rinderzucht getan. Jetzt versucht es Korea mit Madagaskar. Ethioipien, dessen wiederholte Hungerkrisen bekannt sind, hat sich vor kurzem bereit erklärt hunderte von tausende Hektaren an Nahostländern zu pachten um dessen Nahrungsmittelsicherheit zu sichern. Man kann sich leicht vorstellen was für politische Probleme entstehen könnten wenn ein Land, das Teile seiner Böden an Ausländer gepachtet hat, in Hungernot zu einer Zeit geraten könnte in der reiche Ausländer all die von ihnen dort produzierten Nahrungsmittel zum ausschließlichen Nutzen reicherer und besser genährten Menschen exportierten!

Wichtige bevorstehende Reformfragen der GAP

Die Fischler Reform entstand aus strategischen Überlegungen mit Hinblick auf eine nüchterne, vorbeugende Beurteilung der erwähnten Herausforderungen der Umwelt in Europa und der Welt, dem langfristigen Ausblick auf Angebot und Nachfrage von Nahrungsmitteln in der Welt sowie der Aussicht auf öffentliche EU-Finanzmittel.

In einer mittelfristigen Perspektive der Nahrungsknappheit, steigender Energiepreisen, wachsender Umweltdegradierung und des Klimawechsels, muss die EU für **eine starke, wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaftspolitik** sorgen und ihre Landwirtschaft nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch in dem der Welt gut erhalten und entwickeln. Umweltschädigung und Lebensmittelsicherheit sind miteinander zusammenhängende Zeitbomben. Dieses wird sich in einer ganz neuen Welt für den Agrarhandel ausspielen.

Im Lichte der erwähnten Herausforderungen wird die nächste GAP Reform nicht nur Fragen zu den Zielen der GAP beantworten müssen, sondern auch neue Rechtfertigungen finden müssen um sicherzustellen dass die notwendigen Mittel für Direktzahlungen und für der zweiten Säule der GAP erhalten bleiben. Denn es ist kaum zu beweisen dass die Agrarhilfen der EU, mit 0,5% des EU BSP und 1% der gesamten Haushaltsausgaben der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu hoch sind wenn man bedenkt dass sie 80% der EU Fläche und der Umwelt, 40% der Bevölkerung, 5% der Beschäftigung und 3% des EU BSP betreffen.

Welches Ziel haben die Direktzahlungen?

Die Hauptfrage, die selten formuliert wird, ist über das wahre Ziel der Direktzahlungen. Ist es ein sozialer oder Einkommenbeitrag? Ist es Einkommenstabilisierung? Is es ein Ausgleich für höhere Standards? Is es hauptsächlich eine Umweltzahlung? Oder ist es ein Mittel um die Nahrungs- und Umweltsicherheit in Europa und/oder in der Welt zu sichern? Von den Antworten zu diesen Fragen hängen die notwendigen Anpassungen der Direktzahlungen ab. Die dadurch entstehenden Zahlungsverteilungsänderungen sind mit Gerechtigkeitsproblemen verknüpft. Wenn die Motivation der Direktzahlungen die Unterstützung der Einkommen sind, ist es fair dieselben Zahlungen Pro-Kopf in Ländern mit sehr unterschiedlichen Einkommensniveaus zu liefern? Wie kann man fixe Zahlungen abgesehen von Produktions- und Preisdaten akzeptieren, wenn es sich um Einkommenstabilisierung handelt, und warum sollten solche Zahlungen von der EU anstatt von den Mitgliedstaaten gemacht werden? Wenn die Zahlungen durch Qualitätsstandards sowohl wie auch durch Nahrungs- und Umweltsicherheit berechtigt sind, warum sollten sie die form von gleichmäßigen Pro-Hektar Zahlungen nehmen? Könnte eine solche gleichmäßige Zahlung für alle Sektore gelten abgesehen von ihrer Produktivität und ihrem Mehrwert? Und wenn nicht, könnte man akzeptieren das sie wieder teilweise gekoppelt werden? Wenn *cross compliance* Regeln rechtliche Verpflichtungen sind, ist es Recht für ihren Respekt zu zahlen, oder ist diese die einzige Weise um sicherzustellen dass diese Regeln respektiert und kontrolliert werden; und wenn auch so, würde man dadurch nicht das *polluter-paysPrinzip* verraten?

Nach dem die Zahlungen von der Produktion entkoppelt wurden macht die historische Verteilung der Agrarprämien keinen sinn mehr. Daher gibt es auch kein Mangel an Mitgliedstaaten die auf eine

Diskussion über Prämienverteilung drängen, aber diese werden sich kaum einigen können, denn die jeweiligen Umwälzungen sind gigantisch.

Bei Hektarprämien (2012) würde Lettland 26 Mal mehr pro Hektar als Bulgarien und Rumänien bekommen. Eine Zahlungsangleichung würde hauptsächlich Rumänien und Bulgarien, aber auch die Visegradstaaten, Portugal, Großbritannien und Spanien begünstigen, und würde dagegen Griechenland, Deutschland, Frankreich und Italien, und vier der Nettozahler benachteiligen. Eine Neuverteilung durch Zahlungsangleichung pro Hektar würde €6,5mrd oder 16% der Direktzahlungen mit großen Übertragungen ausmachen .

Unterschiede in den Zahlungen pro Empfänger sind noch größer, denn die Tschechische Republik würde 40 Mal mehr als Malta und 21 Mal mehr als Polen bekommen. Ein Zahlungsausgleich pro Landwirt mit dem jetzigen Durchschnitt von €5.684 würde €14.2 Milliarden oder 35% aller Zahlungen in Kauf nehmen. Die größten Nutznießer wären Polen, Italien, Griechenland, Lettland und Portugal, und die größten Verlierer wären Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, die Tschechische Republik und Dänemark.

Der Zweck der GAP ist von Marktmanagement in Richtung Ländlichenentwicklung und Umwelt neu orientiert worden. Daher müsste die gegenwärtige Verteilung der GAP Ausgaben logischerweise auch geändert werden. Aber Zahlungs-Gleichmäßigkeit in der EU ist meiner Ansicht nach nicht zu erwarten, weil es dafür keine qualifizierte Mehrheit gibt. Die Lage und Herausforderungen der verschiedenen Mitgliedstaaten sind nämlich recht unterschiedlich, und keiner will der Verlierer einer Neuverteilung der Hilfen werden. Diese Tatsache hat aber nicht die notwendigen Reformen verhindert. Der Reformprozess sollte auch ohne Ressource Neuorientierung weiter vorwärts kommen. Dabei ist es relativ unwichtig ob die GAPmittel unter der ersten oder zweiten Säule gespendet werden, abgesehen von der Relevanz die die jeweiligen Zahlungen für die WTO haben könnten. Denn die Zweisäulenstruktur ist keine Ikone und änderungsfähig. Politische Ziele sind wichtiger als die Instrumente um sie zu erreichen.

Die Tendenz der GAP bleibt also die die Agrarhilfen von der Marktstützung auf andere Ziele zu übertragen, wie z.B. Landschaft, Biodiversität, Ressourcenschutz. Dieses ist übrigens schon deswegen ratsam weil es die Öffentliche Unterstützung für die GAP als solche aufrechtzuerhalten hilft. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich allmählich auf den öffentlichen

Gütern (*public goods*) wie z.B. Ecosysteme die die Landwirte produzieren und auf die Notwendigkeit und die Weise einer öffentlichen Unterstützung wenn sie sich nicht auf dem Markt bezahlt macht.

Es wird auch wahrscheinlich notwendig die Finanzierung der GAP gründlicher zu diskutieren, unter anderem in dem man den Anwendungsbereich der ersten Säule (ohne Kofinanzierung) im Vergleich zur zweiten Säule (mit Kofinanzierung), sowohl wie auch die Anwendung und das Niveau der Kofinanzierung selbst neu untersucht. Weiters gibt es solche die eine Neukopplung teile der Direkthilfen für Nachhaltigkeitsgründe wünschen.

Ein Hervorheben der Rolle der öffentlichen Güter (inklusive Dienstleistungen) kann in der Öffentlichkeit ein wichtiger Hebel zugunsten der GAP, und ein Instrument gegen beträchtliche EU-Haushaltskürzungen werden. Diese öffentlichen Güter, viele von denen sich auf den Klimawechsel beziehen, umfassen u.a. *carbon sequestration*, die Aufrechterhaltung von *least favoured areas* und den Schutz der kulturellen Erbschaft, das heißt Güter die vom Markt allgemein nicht bezahlt werden. Wenn Landwirtschaftspreise steigen, steigt auch der *opportunity cost* für den Landwirt, nicht nur wenn dieser die Produktionsintensität vermindert, sondern auch wenn er ein Teil seiner Fläche der Biodiversität- und Habitatszwecken widmet. Mit sinkenden Prämien können wir uns nicht erwarten dass die Landwirte einfach genauso viele offene Güter weiter produzieren ohne dafür bezahlt zu werden. Dieses Thema wird zur Zeit von einer von der RISE Stiftung finanzierte Task Force untersucht, dessen Mitglied Alois ist.

Sollten wie erwartet Getreide- und Fleischpreise durchschnittlich höher bleiben als in letzten Jahrzehnt, könnte eine größere Umverteilung von der ersten zur zweiten Säule stattfinden, hauptsächlich zugunsten der zweiten Axe, aber ein größerer Anteil davon sollte der Diversifizierung der Ländlichen Wirtschaft dienen. Wenn dieses nicht geschieht, gibt es das Risiko dass die Mitgliedstaaten verlangen werden dass Kürzungen der Direktzahlungen in die nationalen Haushalte zurückfließen anstatt in die zweite Säule übertragen zu werden.

Landwirte haben meistens Bedenken über die zweite Säule weil sie fürchten dadurch Zahlungskürzungen zu erleiden. Viele Regionalverwaltungen finden die Prozeduren der zweiten Säule zu bürokratisch und dessen Mittel schwer zu bekommen. Beide haben die Tendenz ein *greening* der ersten säule vorzuziehen, wenn es sein muss, letztendlich auch weil sie keine Kofinanzierung erfordern, aber es ist höchst unwahrscheinlich dass Programmimplementierung dadurch einfacher werden würde. Während die Zweite Säule, wegen sein mehr-jährlichen Charakter, das beste Instrument zur Zahlung für *externalities* ist, wenn das zu Weit gehen sollte, dann müsste man den Kofinanzierungsanteil reduzieren, hauptsächlich für die Ostländer, denn sonst könnten die letzteren in Versuchung geraten auf die zweite Säule ganz zu verzichten. Und wenn das passiert, dann ist die zweite Säule tot. Allerdings wäre es nicht unlogisch die Produktion öffentlicher Güter ohne Kofinanzierung zu unterstützen, insbesondere weil die Ostmitglieder unter eine besonderen ernsthaften Degradation der Umwelt leiden sonst davon wenig Gebrauch machen würden.

In der Agrarpolitik ist nirgends der Status Quo eine Option. Alle Länder der Welt sind daher aufgerufen ihre Landwirtschaftspolitik so umzustrukturieren, dass sie genügend oder mehr Nahrungsmittel produzieren können, ihre Umwelt schonen und ihre Märkte öffnen. Das gilt hauptsächlich für die meisten Nahrungsmittelimportländer, deren Politik die Stadtbevölkerung anstatt die Landwirte begünstigt. Aber es gilt offensichtlich genauso für die GAP.

Wie wird die neue GAP ausschauen?

Meiner Ansicht nach sind folgende Reformen der GAP nach 2013 zu erwarten:

- Abschaffung der Brache
- Abschaffung der Milchquoten, neue Rahmenbedingungen für die Milchwirtschaft und eine neue Europäische Milchwirtschaftsstrategie
- Abschaffung (phasing out) der Exportsubventionen (auch ohne Doha Runde)
- Abschaffung des klassischen Interventionssystems
- Ein neues *safety net* gegen Marktschwankungen und Exportförderungsprogramme
- Nachprüfung und Stärkung der *cross-compliance*, der *carbon sequestration* und der Nachhaltigkeit der Landwirtschaft
- Totale Entkoppelung der Agrarhilfen von der Produktion
- Mehr Regionale und hybride Direktzahlungsmodelle, weg vom historischen Modell
- Direktzahlungen mehr mit der Bereitstellung von öffentlichen Gütern (Dienstleistungen) und mit *public and private partnerships* verknüpft
- Mehr Zahlungsmodulation
- Stärkung der Ländlichenentwicklungspolitik, insbesondere der dritten Achse und der Leaderprogramme, u.a. Dank verstärkter Modulation
- Stärkung der Erzeugergemeinschaften und der Lebensmittelskette im Interesse der Landwirte (Wettbewerbspolitik)
- Simplifizierung
- Anpassung der *agro-fuel* Hilfen und Ziele und neue Rahmenbedingungen für die Biomassenproduktion
- Verbesserte Forschungsstrategie im Agrarbereich zusammen mit dem Risikokapital

Einige solcher Massnahmen sind schon fix und wenige sind unbestritten. Die Abschaffung von Brachland verringert die Biodiversität; die der Milchquoten ankurbelt die Produktion; die Abschaffung der Intervention und der Exportsubventionen macht die Märkte unberechenbarer und die

Preisschwankungen extremer usw. Die Konsequenzen einer Liberalisierung der Agrarmärkte müssen in Betracht genommen werden damit dazu angebrachte Entscheidungen getroffen werden können. Zum Beispiel kann der Interventionsverzicht durch ein Versicherungssystem über den Erzeugerpreisen erleichtert werden.

General Direktor Demarty hat vor kurzem in Oxford unterstrichen, dass es immer radikale Leute gibt die ein „outside the box“ Denken anstreben. Einige befürworten die Übertragung der Direktzahlungen alleine an die Bereitstellung öffentlichen Dienstleistungen. Aber Direktzahlungen, haben sich in der Tat als das beste Mittel zur Unterstützung der Landwirteinkommen bewiesen. Jede radikale Abweichung davon würde riskieren die Lebensmittelselbstversorgung und Exporte Europas zu reduzieren und dadurch Lebensmittelpreise anzuspornen, und Welthunger und Unterernährung zu verschlechtern.

Andere glauben dass die jetzige Verteilung der Direktzahlungen grundsätzliche geändert werden soll so dass sie besser auf Basis dieses oder jenes Maßstabes berechtigt werden kann . Das Problem ist natürlich sich über ein gemeinsames Maßstab zu einigen. Andererseits, nach den Fischlerreformen haben die Mitgliedsstaaten bereits genug Marge um die nationale Verteilung von Direktzahlungen durch die so genannte „Regionalisierung“ zu ändern, and es gibt Grenzen über die hinaus übertriebene Flexibilität in der Verteilung der Direktzahlungen zur „Renationalisierung“ der GAP und zu unlauteren Wettbewerb führen kann.

Die Ziele der zweiten Säule werden vermutlich unverändert bleiben, es sei denn dass sie noch weiter gestärkt werden um den Herausforderungen des Klimawechsels Rechnung zu tragen. Die Mittel für die Ländliche Entwicklung könnten gestärkt, und ihre Verteilung gerechter werden. Allerdings werden vermutlich die Gegner der GAP, in ihr Eifer diese Politik zu zerstören, versuchen die Mittel des Ländlichenentwicklungsfonds in den Regionalfonds (FEDER) fließen zu lassen und daher einen separaten Ländlichenentwicklungsfonds abzuschaffen. Dieses würde ein Problem für die Diversifizierung der ländliche Wirtschaft bilden, denn die Macht und der Einfluss der Städte hinsichtlich der Verteilung der FEDERMittel ist groß genug um sicherzustellen dass die Interessen der Ländlichen Gebieten vernachlässigt werden. Um aber das Risiko einer Abschaffung eines eigenständigen Ländlichenfonds zu verringern, müsste der letztere sich weniger als z.Z. auf Qualität, Marketing und Verarbeitung konzentrieren, auch wenn das den Nachteil hat dass er damit im Bereich des Regionalfonds aktiver werden würde, was andererseits wiederum den Druck auf seine Abschaffung stärken könnte.

Artikel 68 erlaubt es die Ländliche Entwicklung auch im Rahmen der ersten Säule bis auf 3,5% der nationalen Höchstgrenze für Umwelt-, Qualität- und Marketingzwecke zu verwenden, obwohl diese Möglichkeit so weit nur von den nordischen MS benutzt wurde. Dieser Artikel erlaubt den Gebrauch von Direktzahlungen auch für Ernteversicherungspremien und für Tier- oder Pflanzenkrankheitenschädigungen. Der Gesundheitscheck hat ansich diese Thema schon angesprochen, aber es ist bis jetzt nicht ganz klar was damit gemeint ist. Soll es eine Simplifizierung sein, oder will die Kommission einfach in diese Richtung gehen? Will sie die erste Säule grüner machen (*greening Pillar 1*) und dadurch die GAP besser vor Abschaffung oder Kürzungen schützen? Oder gedenkt die Kommission dadurch mehr Mittel ohne Kofinanzierung in die zweite Säule zu bringen? Versucht sie letztendlich durch Artikel 68 ein Teil der ersten Säule besser zu legitimieren in dem diese ein Instrument zur Behandlung von Marktversagen wird? Unklar bleibt auch ob Artikel 68 den Regeln der ersten Säule hinsichtlich Modulation und Finanzdisziplin untersteht oder nicht. Übrigens, würden die MS von diesem Artikel gebrauch machen wenn sie das bis jetzt noch nicht getan haben? Mir scheint dass es verwaltungsmässig besser ist die zwei Säulenstruktur aufrechtzuerhalten.

Eine Anwendung von Art. 68 könnte zu einer grösseren Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion, oder im Gegenteil zu ihrer Kopplung mit der Umwelt, aber auch zu mehr oder weniger Simplifizierung führen. Wenn durch Artikel 68 Umweltbedingtezahlungen in beiden Säulen stattfinden, könnte dieses dem Ziel einer Finanzierung der öffentlichen Güter vielleicht in der Reformdebatte sogar schaden. Es ist schon deswegen ratsam erst Mal abzuwarten wie sich Artikel 68 in der Tat ausspielt.

Wenn man die zweite Säule stärken will, müsste ihr Gegenstand erweitert werden, denn er ist zur Zeit dem Landwirten zu nah und der ländlichen Wirtschaft nicht nah genug. Weiters müsste die Kofinanzierung reduziert werden, denn sonst würden die verfügbaren Mittel, nicht voll ausgenutzt werden. Mit dem jetzigen Anteil an Kofinanzierung riskieren viele Ostländer, die ja die zweite Säule der GAP besonders brauchen, ihre Aufrechterhaltung abzulehnen.

Die Geschwindigkeit der gegenwärtigen Geschichte ist im Agrargebiet besonders Besorgniserregend, denn die Natur braucht Zeit um sich neuer Situationen anzupassen und das heutige Tempo ist schneller als ihre Anpassungskapazität, sowohl wie die der GAP. Um so mehr gilt dieses für die ärmeren Entwicklungsländer. Um die Anpassung zu beschleunigen brauchen wir viel mehr Forschung, u.a. hinsichtlich Pflanzenschutzes für neue Klimabedingungen.

Weiters muss sich unsere Haltung hinsichtlich biotechnologischen Produkten schnell ändern. Das EU GMO-Genehmigungsprozess ist zu langsam und die Toleranzwerte zu streng. Dieses hängt zum Teil von EU internen Meinungsunterschieden hinsichtlich der Biotechnologie. Die Meinungen einiger MS sind durchwegs intolerant. Trotzdem müssen wir weiter versuchen diese MS zu überzeugen mit aller notwendigen Vorsicht die Biotechnologie für Pflanzen und Tierfutter sobald diese wahre Vorteile anbieten zu benutzen. Die Einfuhr von GMO-gefütterten Tieren steht im Widerspruch mit der EU GMO-Politik. Was ist die Logik GMO-Tierfutter aus Lateinamerika importieren zu müssen, weil wir nicht genug (GMO-freies) Tierfutter für unsere Fleischproduktion haben? Je mehr nicht genehmigte Sorten im Ausland produziert werden, desto mehr werden EU Importeure das Risiko kontaminierte Produkte in die EU einzuführen vermeiden wollen. Wir sollten daher, unser GMO-Genehmigungsprozess in der EU beschleunigen und akzeptable Toleranzgrenzen für nicht genehmigte Produkte einführen. Wie schwierig das ist, ist bekannt. Wenn wir es aber nicht tun, kann unsere Schizophrenie in diesem Bereich nicht eingedämmt werden, so dass wir riskieren die Verlierer in einem WTO Verfahren zu werden. Am Ende könnte uns nichts anderes übrig bleiben als einfach weniger Fleisch zu verzehren.

Nichts Neues ist Risikofrei. GMOs bleiben zur Zeit mit einem gewissen Umweltrisiko verbunden. Aber Klimawechsel ist mehr als ein mögliches Risiko, es kann zum Ende der uns bekannten Welt führen! Wir haben also ein Interesse, so scheint es mir, gewisse GMO Sorten zu akzeptieren. Sollten natürlich dadurch Umwelt- oder andere Schäden entstehen, müsste der Verantwortliche dafür zahlen, wie im Deutschen, aber nicht im EU Gesetz auch vorgesehen ist. Schon dieses würde die Produzenten vorsichtiger und die Konsumenten kompromissbereiter machen.

Was das **capping der Direktzahlungen** anbelangt, hat das Europäische Parlament ein alternatives Degressivitätsmodell vorgeschlagen, nach dem ein Hektar Land von einem Großbesitzer eine kleinere Zahlung bekommt als ein Hektar von einem kleineren Bauernhof. Dieser Ansatz hat größere Chancen akzeptiert zu werden obwohl er nicht nur verwaltungsmäßig komplizierter, und für den Osteuropäern mit ihren relativ großen Besitzern schwieriger ist.

Wir werden gründlich diskutieren müssen wie die GAP Reform nach 2013 weitergeführt werden soll, denn die Marktsituation ist radikal anders als die von 2003-2004, und die Doha Runde ist (nicht überraschend) gescheitert, oder wird bestens nur ein kleines Mäuslein produzieren. Wenige hatten erwartet dass die Getreidepreise verdoppeln oder sogar verdreifachen würden.

Auf die Dauer wird der Klimawechsel den GAP-Reformprozess immer stärker beeinflussen, denn der Agrarsektor wird davon stärker betroffen als jeder andere Wirtschaftssektor. Die damit verbundenen Risiken, wie z.B. Wassermangel oder Überschwemmungen, werden nur durch öffentlich-private Partnerschaften bewältigt werden können, wie die Amerikaner und Kanadier bewiesen haben.

Weitere Simplifizierungen der GAP sind erforderlich aber recht unwahrscheinlich. Jede Reform scheint das System komplizierter zu machen. Generaldirektor Guy Legras pflegte zu sagen dass Simplifizierungen nur zwischen Reformen möglich sind. Dieses bleibt auch heute so.

In Summe, können wir uns eine Zukunft erwarten in der es ein Nahrungsmangel in Teilen der Welt gibt, mit sehr unstabilen Input- und Output-Preisen, und in der es kein Gerangel mehr nach

Agrarexportmärkten sonder nach Nahrungsmittelversorgung geben wird. Derzeitige Agrarimportbarrieren könnten in diesem Zusammenhang weiter durch Exportbeschränkungen ersetzt werden. Nachdem sie wegen Dumping ihrer Nahrungsmittelüberschüsse auf dem Weltmarkt verklagt worden ist, könnte in Zukunft die EU wegen Nichtauslieferung von Versorgungsgütern an hungernde Menschen verklagt werden. Agrarpolitiken müssen demgemäß angepasst werden. Die Französische Präsidentschaft hat versucht die Mitgliedstaaten zu überzeugen die (überholten) Vertragsprinzipien der GAP nochmals zu bestätigen: finanzielle Solidarität, einheitlicher Markt und Gemeinschaftspräferenz. Das ist ihr aber nicht geglückt. Obwohl der Vertrag z.Z. nicht geändert werden kann, ist das Status quo keine Wahl. Noch können wir radikale Abweichungen erwarten. Agrarsubventionen werden bleiben müssen damit Europa di Welt weiter ernähren kann. Aber sie werden anders gestaltet werden müssen. Die Entwicklungsländer werden ihre eigenen Agrarreformen und angebrachte Nahrungsmittelpreispolitiken einführen müssen damit ihre Landwirte einen besseren Zugang zu Land und Boden bekommen, und mehr heimische Lebensmittel produziert werden können. Aber solche Maßnahmen werden kaum genügen. Wenn wir auf die Dauer sichern wollen dass es genug Nahrung für alle gibt, dann müssen wir auch unsere Nahrungsgewohnheiten (zu viel Fleisch), ja sogar unser Lebensstil ändern und darüber hinaus sicher stellen dass die Ärmern genug Mittel haben um sich zu ernähren.

Die weltweite Wirtschaftskrise mag schon die längste seit den dreißiger Jahren sein und für eine Weile Handelsprotektionismus anstatt Handelsliberalisierung mit sich bringen. Auch wenn und wann das Vertrauen in die Wirtschaft wieder wächst, wird er wahrscheinlich nicht ohne eine neue Finanzarchitektur und eine größere Wirtschafts- und Finanzielle Gerechtigkeit gedeien. Iniesem Rahmen kann man nur hoffen dass diesen Themen, die seit zwei Jahren von der RISE Stiftung unterstrichen und untersucht werden behandelt, Rechnung getragen wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.
